Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabholern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13533, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang | Dienstag, den 8. Juni 1926 | Nummer 130

Gebt den Fürstenknechten die Antwort

20 Millionen Stimmen am 20. Juni!

Die gesamte bürgerliche Presse veröffentlicht heute den Brief Hindenburgs an Loebell. Die Presse der Volksparteien erklärt dazu, es handle sich hier um eine große politische Aktion des Reichspräsidenten, während die demokratischen Zeitungen und der „Vorwärts" nach wie vor erklären, daß der arme Hindenburg von seinen Beratern überlistet worden sei. Wir haben gestern schon unsere Stellung klargelegt und gezeigt, daß die Scharfmacherei der sozialdemokratischen und demokratischen Blätter nichts anderes denn eine Hilfsstellung für die Reaktionäre bedeuten kann. Die Stellungnahme des Hindenburgbriefes ist ganz klar. Der Mann, der bei der Präsidentenwahl die Kleinbürger bestohlen hat, soll jetzt nochmal den Dienst für die Fürsten leisten. Dieses Mal wird der Betrug der Wählermassen aber nicht gelingen, trotz des „einerseits — andererseits", das von den Demokraten entgegengebracht wird. So schreibt heute das „Berliner Tageblatt": „.....wenn trotzdem den demokratischen Wählern und Wählerinnen die Entscheidung freigestellt ist, so geschieht das in der Hoffnung, daß die im Volksentscheid nötigen 20 Millionen Stimmen nicht erreicht werden dürften, eine möglichst hohe Stimmenziffer aber allerdings die Aussichten eines gerechten Kompromisses verbessern kann."

Das ist für die deutsche Demokratie typisch. Unter dem Druck der Massen, um diese nicht vollends zu verlieren, haben die Führer die Abstimmung freigegeben, sie möchten aber auch dem gestürzten Herrscherhaus nichts zuleide tun, deswegen hoffen sie, daß am 20. Juni die 20 Millionen Stimmen nicht zusammenkommen möchten. Während die Kräfte der Konterrevolution in der Niederlage des Volksentscheids einen großen Sieg zu erringen bemüht sind, bemühen sich die Sozialdemokraten und Demokraten, den Arbeitern und den betrogenen Mittelständlern zu erklären, die Gefahr sei gar nicht so groß. Der „Vorwärts" versucht in seiner gestrigen Abendausgabe die „Korrektheit des Reichspräsidenten", er schreibt:

„Der Montag" unterstellt damit Herrn v. Hindenburg, daß er die Veröffentlichung seines Privatbriefs an Loebell wollte, das heißt, er mutet ihm eine grobe Unkorrektheit zu. In den einleitenden Zeilen seines Briefes heißt es: „Jener Anregung, zu dem Volksbegehren auf Enteignung der Fürstenvermögen in einer öffentlichen Kundgebung Stellung zu nehmen, vermag ich aus staatsrechtlichen, Ich aus der verfassungsmäßigen Stellung des Präsidenten des Deutschen Reichs ergebenden Gründen nicht zu entsprechen." Und trotzdem soll der Reichspräsident Herrn v. Loebell ermächtigt haben, das private Schreiben durch Veröffentlichung in eine öffentliche Kundgebung zu verwandeln? Damit würde doch Herr v. Hindenburg sich selber ins Gesicht schlagen."

Wir können nur wiederholen: Daß Herr v. Hindenburg einer Gegner der entschädigungslosen Fürstenenteignung ist, wundert uns nicht. Daß er diese Gegnerschaft in einem Privatbrief an Loebell zum Ausdruck brachte, war unvorsichtig. Daß er es ablehnte, eine öffentliche Kundgebung zu erlassen, ergibt sich aus dem Wortlaut. Daß er trotzdem mit der Veröffentlichung dieses Briefes einverstanden sein soll, erscheint als widersinnig. Von diesen Voraussetzungen ausgehend, stehen wir nicht an, **das Verhalten des Reichspräsidenten als staatsrechtlich korrekt zu bezeichnen."**

Die „staatsrechtliche Korrektheit" ist gewahrt, das genügt den kapitulierten Geistern vom „Vorwärts" vollauf. Der „Vorwärts" enthüllt damit aber auch eine große Gefahr, in die sich die Arbeiter begeben, die der sozialdemokratischen Führerschaft folgen. Deutlich spricht aus den Zeilen, wenn Hindenburg einen „staatsrechtlich korrekten" Staatsstreich durchführen wird, dann werden die SPD.-Führer nicht zögern, den Staatsstreichlern die Macht zu überlassen. Aber gerade die Gefahr des tollen Putsches ist die große Gefahr, die das Proletariat bedroht.

Die Rechtspresse stellt die Dinge deswegen auch unverblümt und klar. Der „Anzeiger" schreibt:

„Trotz der persönlichen Note, die die Aeußerung des Präsidenten hat, und trotz des unleugbaren Rechtes des Reichspräsidenten, in dieser Form Stellung zu nehmen, hat man es hier selbstverständlich mit einem politischen Vorgang ersten Ranges zu tun."

Im übrigen betont der „Anzeiger" noch, daß der Reichspräsident gegen die Enteignung wesentlich deutlicher Stellung genommen habe, als das bisher vom Reichskabinett geschehen ist. Es ist ganz klar, der Brief Hindenburgs ist eine offene Provokation der arbeitenden Massen, ist eine Unterstützung und Ermunterung der Diktaturbestrebungen der Reaktion. Für den „Vorwärts" aber ist die „staatsrechtliche Korrektheit" gewahrt. Es handelt sich um ein gutes Zusammenspielen der reaktionären Kräfte. Der ehemalige Staatsminister von Loebell schreibt einen Brief, der von Anfang an auf die öffentliche Propaganda abgestellt ist. In diesem Brief heißt es:

„Seit Wochen werden nach ganz bestimmtem Plane Gerüchte verbreitet, daß Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident, auch das jetzt zum Volksentscheid gestellte Gesetz vollziehen werden. Die in allen bürgerlichen Kreisen an sich vorhandene Entrüstung über das Enteignungsgesetz hindert nicht, daß durch die ganz materiell eingestellte Agitation der radikalen Linken Verwirrung in die bürgerlichen Kreise hineingetragen wird, wenn nicht von höchster Seelle des Reiches aus diesen Tendenzen zur Zerrüttung des Rechtsstaates mit aller Entschiedenheit entgegengetreten wird. Man unterdrückt geflissentlich, daß es sich bei dem sozialistischen Enteignungsgesetz um den Versuch der Enteignung des Privateigentums eines zunächst eng begrenzten Kreises handelt. Man verschweigt, daß die hier erstmalig angewandte Methode der Enteignung durch Volksentscheid zur Enteignung des Vermögens der Kirche, des landwirtschaftlichen Grundbesitzes, des städtischen Hausbesitzes, der Privatunternehmungen, der Industrie, der Banken der Handwerker und Arbeiter führen kann, zumal die Bestimmungen der Reichsverfassung über die Möglichkeiten einer Enteignung unklar sind. Ich halte es daher für meine Pflicht, Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident, darauf aufmerksam zu machen, daß den Gerüchten über Ihre Stellungnahme zum sozialdemokratisch-kommunistischen Enteignungsgesetz mit allem Nachdruck entgegengearbeitet werden muß. Deshalb richte ich an Eure Exzellenz die Bitte, in dieser für die Stellung Deutschlands in der Welt und für die Entwicklung des deutschen Volkes in der Zukunft gleich wichtigen Frage vor der Oeffentlichkeit persönlich Stellung zu nehmen."

Hier ist die klare Aufforderung, in der Oeffentlichkeit Stellung zu nehmen. Ueber die Bemerkung, daß auch das Vermögen der Arbeiter enteignet werden könne, geht man am besten hinweg. Man braucht nur auf diese demagogisch für die Propaganda aufgemachte Schreckbeere hinzuweisen. Auf dieses Schreiben antwortete Hindenburg, daß er nicht offiziell vor dem Volksentscheid zu dessen Durchführung Stellung nehme. Der „Vorwärts" nennt das korrekt, in der Praxis ist das die offene Drohung mit der Diktatur. Denn erklärt Hindenburg persönlich:

„Ich will es aber doch nicht unterlassen, Ihnen meine persönliche Auffassung dahin mitzuteilen, daß ich die von Ihnen geäußerten Besorgnisse in vollem Umfange teile und die gleichen Bedenken wie Sie auch schon von Anfang dieser Entwicklung der Dinge an auch der Reichsregierung gegenüber zum Ausdruck gebracht habe. **Daß ich, der ich mein Leben im Dienste der Könige von Preußen und der deutschen Kaiser verbracht habe, dieses Volksbegehren zunächst als ein großes Unrecht, nun aber auch als einen bedauerlichen Mangel an Traditionsgefühl und als groben Undank empfinde, brauche ich Ihnen nicht näher auszuführen..."**

Weiter heißt es in dem Brief:

„Würde dieses Volksbegehren Annahme finden, so würde einer der Grundpfeiler, auf dem der Rechtsstaat beruht, und ein Weg verlassen, der auf abschüssiger Bahn bald bergab führen, wenn es der Zufälligkeit einer vielleicht nach leidenschaftlich erregten Volksabstimmung gestattet sein soll, verfassungsmäßig gewährleistetes Eigentum zu entziehen oder zu verneinen. Es könnte aus dem jetzt vorliegenden Einzelfall die Methode entstehen, durch Aufreizung der Instinkte der Massen und Ausnutzung der Not des Volkes mit solchen Volksabstimmungen auf dem Wege der Enteignung weitergehen und damit dem deutschen Volke die Grundlagen seines wirtschaftlichen und staatlichen Lebens zu entziehen. **Ich sehe hierin eine große Gefahr..."**

Die Drohungen des Dieners des Königs von Preußen und Kaisers von Deutschland sind deutlich genug, so daß sie jeder Werktätige begreift. Als die Inflationsgläubiger einen Schutz ihres Eigentums forderten, trat Hindenburg nicht auf den Plan. Da unterschrieb er das Aufwertungsgesetz, das die Enteigneten mit Bettelpfennigen abspeist.

Die Massen der Werktätigen werden den Kampf aufnehmen. Jetzt erst recht, trotz aller Demagogie der sozialdemokratischen Führer werden die Werktätigen die Einheitsfront schließen, um die offenen und versteckten Fürstenfreunde zu besiegen. Der Versuch des „Vorwärts" und der sozialdemokratischen Presse, die Arbeiter zu täuschen, wird nicht gelingen. Der Brief Hindenburgs zeigt, daß die Front der Reaktionäre zum Staatsstreich geschlossen ist. Die arbeitenden Massen werden dieser Front die geschlossene Front der Opfer des Krieges, der Inflation und Ausbeutung entgegensetzen.

Der „Vorwärts" versucht die Massen einzuschläfern. Damit wird durch die Sozialdemokraten der monarchistischen Diktatur der Weg geebnet. Diese Unterstützungsaktion der SPD.-Führer wird zuschanden werden an dem geschlossenen Willen der Arbeiter. Rüttelt die Massen auf!

Mit der stärksten Wucht muß der Gegner geschlagen werden.

20 Millionen Stimmen am 20. Juni, das ist die Antwort der Werktätigen!

Die Wahlen in Mecklenburg

Vom Zentralkomitee wird uns geschrieben:

Am Sonntag fanden in Mecklenburg die Wahlen zum Mecklenburg-Schweriner Landtag statt. Der Wahlkampf war nur von kurzer Dauer, da die Brandenstein-Regierung ein Interesse daran hatte, eine möglichst breite Aufklärungskampagne über ihre arbeiterfeindliche Politik vor der werktätigen Bevölkerung zu verhindern. Trotzdem haben die bisherigen Regierungsparteien in Mecklenburg eine schwere Niederlage erlitten. Durch die starken Stimmenverluste der Deutschnationalen und der Völkischen, auf die sich die Regierung Brandenstein in der Durchführung ihres arbeiterfeindlichen Kurses stützte, ist die bisherige Grundlage der Regierung zerstört worden. Als einzige Partei haben die Sozialdemokraten erfolgreich im Wahlkampf abgeschnitten und Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Die Sozialdemokratische Partei steht mit über 100 000 Stimmen an der Spitze und wird voraussichtlich im neuen Landtag, dessen Mandatszahl durch die Brandenstein-Regierung wesentlich herabgesetzt worden ist, 17 Mandate erhalten.

Die Kommunistische Partei hat nach den bisher vorliegenden Ergebnissen 17 200 Stimmen erhalten. Diese Stimmenzahl bedeutet gegenüber dem Wahlergebnis vom 7. Dezember 1924 einen Verlust von 2000 Stimmen. Im Vergleich zu der Stimmenzahl, die die Partei bei der Präsidentenwahl erhielt, ist eine Stimmenzunahme zu verzeichnen. Im ersten Wahlgang zur Präsidentenwahl erhielt die Partei 10 370, im zweiten Wahlgang 11 846 Stimmen. Trotz dieses Stimmenzuwachses gegenüber den Präsidentenwahlen ist das Ergebnis der Landtagswahl für die Partei unbefriedigend. Es ist Aufgabe der Partei, kritisch zu untersuchen, worin die Ursachen für den Mißerfolg der Partei liegen.

Die Partei ist unter den besten politischen Voraussetzungen in den Wahlkampf gegangen. Die objektive Lage war durchaus günstig. Durch die von der KPD. organisatorisch und politisch geführte Kampagne für den Volksentscheid hat die Partei die Sympathien der breitesten Schichten der werktätigen Bevölkerung gewonnen. Der politische Einfluß der Partei auf die Arbeiterschaft ist im Wachsen begriffen. Die Ursachen für den schlechten Wahlausfall der mecklenburgischen Landtagswahlen für die Partei müssen auf anderem Gebiet liegen.

Zunächst muß festgestellt werden, daß die Partei in Mecklenburg eine sehr schmale und schwache Organisationsbasis hat. Das gilt nicht nur für die ländlichen Gebiete in Mecklenburg, sondern auch für die Industriestädte, wie Rostock, Wismar, Boizenburg usw. Das führte dazu, daß die Wahlkampagne nicht mit der notwendigen Initiative und Kraft durchgeführt werden konnte. Dieser Mangel trat insbesondere gegenüber den starken Positionen, über die die SPD. sowohl in den Industriestädten, wie auf dem Lande verfügt, in Erscheinung. Entscheidender aber als dieser Mangel war die mangelnde politische Initiative unserer Mecklenburger Parteiorganisationen, die in der Führung der Wahlkampagne zum Ausdruck kam. Die mecklenburgische Parteiorganisation und ihre Vertreter im Landesparlament wie in den Kommunen haben nicht verstanden, sowohl gegenüber der Regierung Brandenstein und ihrer arbeiterfeindlichen Politik, wie auch gegenüber der doppelzüngigen Politik der SPD.-Führer eine zielklare, kommunistische Politik zu treiben und ihre Politik den werktätigen Massen verständlich zu machen. Die Partei und ihre Vertreter im Parlament beschränkten sich darauf, den Kampf gegen die Regierung Brandenstein rein parlamentarisch zu führen. Sie versäumte die Mobilisierung der werktätigen Bevölkerung außerhalb des Parlaments gegen die Politik der Regierung Brandenstein und war dadurch nicht in der Lage, die Rolle der SPD. gegenüber der Regierung Brandenstein vor der breiten Oeffentlichkeit zu stellen.

Diese Fehler unserer Partei in Mecklenburg führten dazu, daß es der SPD. leicht möglich gemacht wurde, in der Wahlkampagne die Führung an sich zu reißen. Dabei kam der SPD. ihre Ueberlegenheit in der Presse, wie auch in organisatorischer Hinsicht gegenüber der Partei zugute.

Unsere Parteiorganisation in Mecklenburg muß aus dem Ergebnis der Landtagswahlen die notwendigen Lehren ziehen. Sie muß die Mängel und Schwächen politischer und organisatorischer Natur, die sich im Wahlkampf gezeigt haben, untersuchen und ihre Abstellung herbeiführen. Sie muß insbesondere ihr organisatorisches Fundament verbreitern und festigen. Sie muß verstehen lernen, die im Wahlkampf zum Ausdruck gekommenen Sympathien der ländlichen werktätigen Bevölkerung, die zwar unseren Versammlungsrednern zustimmten, aber noch nicht durch Abgabe des Stimmzettels für die KPD. ihre Verbundenheit mit der Partei demonstrierten, zu stärken und durch unermüdliche Kleinarbeit auch organisatorisch zu erfassen. Die Parteiführung muß insbesondere durch eine zielklare, auf Massenarbeit eingestellte kommunistische Politik die durch das Wahlergebnis aufgezeigten Schwächen überwinden und dadurch den Weg freimachen für den Aufstieg der Partei.

Der Ausgang der Mecklenburger Landtagswahlen ist für die Gesamtpartei eine ernste Warnung. Die mangel-